

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Sabine Zimmermann, Jutta Krellmann, Yvonne Ploetz, Diana Golze, Matthias W. Birkwald, Dr. Martina Bunge, Werner Dreibus, Klaus Ernst, Dr. Barbara Höll, Katja Kipping, Cornelia Möhring, Dr. Ilja Seifert, Kathrin Senger-Schäfer, Harald Weinberg, Jörn Wunderlich und der Fraktion DIE LINKE.

Steigende Erwerbstätigkeit von Frauen und ihre Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt

Am 8. März jährt sich der internationale Frauentag. Die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Dr. Ursula von der Leyen, lässt kaum eine Gelegenheit aus, auf die positive Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit hinzuweisen. In der Tat arbeiten immer mehr Frauen, aber an ihrer Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt hat sich nichts grundlegend geändert. Weiterhin gibt es einen deutlichen Lohnabstand und Frauen arbeiten oft in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Ohne ein Handeln der Politik droht eine Verfestigung der Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt. Die Bundesregierung ist gefordert, eine ehrliche Bilanz der Gleichstellung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt abzulegen und geeignete Maßnahmen zum Abbau der Diskriminierung zu ergreifen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie bewertet die Bundesregierung die steigende Erwerbstätigkeit von Frauen vor dem Hintergrund, dass es sich immer noch um einen gespaltenen Arbeitsmarkt handelt bzw. dieser sich verfestigt hat (Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Bundestagsdrucksache 17/6240)?
2. Welche Fortschritte sieht die Bundesregierung bei der Gleichberechtigung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, wo sieht sie noch Handlungsbedarf, und was hat sie diesbezüglich unternommen und will sie noch unternehmen?
3. Wie hat sich seit 1990 die Zahl der Erwerbstätigen nach Frauen und Männern entwickelt (bitte jährlich für Gesamtdeutschland sowie Ost und West ausweisen)?
4. Wie hat sich seit 1990 die Erwerbsquote von Frauen und Männern entwickelt (bitte jährlich für Gesamtdeutschland sowie Ost und West ausweisen)?
5. Wie stellt sich die Erwerbsquote von Frauen in Deutschland im europäischen Vergleich dar?
6. Sieht die Bundesregierung das Erwerbspotential von Frauen ausgeschöpft?
7. Inwiefern arbeiten Frauen in Branchen, die sich durch besondere Arbeitsbelastungen auszeichnen?

8. Inwiefern sind Frauen besonders von dem Problem psychischer Belastungen, Stress und Burnout betroffen, und welchen Zusammenhang gibt es hier zu ihrer Doppel- bzw. Dreifachbelastung hinsichtlich Familie, Kinder und Arbeit?
9. Wie hat sich seit 1990 die Zahl der Männer und Frauen nach Beschäftigungsformen entwickelt (bitte jährlich nach Normalarbeitsverhältnis sowie nach den verschiedenen Formen atypischer Beschäftigung für Gesamtdeutschland sowie Ost und West ausweisen)?
10. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zu den Arbeitszeitwünschen von berufstätigen Frauen vor (bitte auch entsprechende Zahlen nennen)?
Wie decken sich diese mit ihren realen Arbeitszeiten?
11. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zum Problem der unfreiwilligen Teilzeitarbeit vor?
Inwiefern gibt es Hindernisse im Jobangebot, inwiefern Hindernisse durch familiäre und soziale Verpflichtungen?
Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
12. Wie stellt sich nach Kenntnis der Bundesregierung das Ausmaß der Teilzeitarbeit von Frauen in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Staaten dar?
13. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zu den Arbeitszeitwünschen von nicht berufstätigen Frauen vor (bitte auch entsprechende Zahlen nennen, wenn möglich nach verschiedenen Beschäftigungsformen), und welche Hindernisse gibt es für die Verwirklichung dieser Wünsche?
14. Wie haben sich seit 1990 die Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern entwickelt (Gesamtdeutschland sowie Ost und West), und wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung?
15. Was sind nach Ansicht der Bundesregierung die wesentlichen Gründe für die vorhandenen Verdienstunterschiede?
16. Welchen Anteil an den Verdienstunterschieden hat nach Ansicht der Bundesregierung eine geschlechtsspezifische Berufswahl und -ausübung, und welche politischen Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
17. Welchen Einfluss auf die Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern hat nach Kenntnissen der Bundesregierung die Frage, ob nach Tarif entlohnt wird oder nicht?
18. Wie erklärt sich die Bundesregierung, dass der Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männer in Deutschland so hoch ist wie in kaum einem anderen Land der Europäischen Union (www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Gesamtwirtschaft+Umwelt/VerdiensteArbeitskosten/VerdienstunterschiedeMaennerFrauen/Tabellen/GenderPayGapEU.html), und welchen Handlungsauftrag für die Politik leitet sie daraus ab?
Welche anderen europäischen Mitgliedstaaten sieht die Bundesregierung als vorbildhaft an, und welche Maßnahmen aus diesen Staaten als beispielgebend im Sinne eines Best-Practice-Ansatzes?
19. Wie haben sich seit 1990 die Zahl und der Anteil von Frauen entwickelt, die zu Niedriglöhnen arbeiten (bitte insgesamt nennen sowie nach verschiedenen Beschäftigungsformen)?
Wie hat sich im Vergleich dazu die Zahl und der Anteil der Männer entwickelt?

20. Was sind die zehn Branchen, in denen die meisten weiblichen Niedriglohnbeschäftigten arbeiten (bitte auch mit konkreten Beschäftigungszahlen nennen)?

Wie hoch ist jeweils der Frauenanteil in diesen Branchen?

21. Was sind die zehn Branchen mit den niedrigsten durchschnittlichen Stundenverdiensten (bitte mit Höhe des Stundenlohns und Zahl der Beschäftigten angeben), und wie hoch ist dort jeweils der Anteil der weiblichen und männlichen Beschäftigten?
22. Was sind die zehn Branchen mit den höchsten durchschnittlichen Stundenverdiensten (bitte mit Höhe des Stundenlohns und Zahl der Beschäftigten angeben), und wie hoch ist dort jeweils der Anteil der weiblichen und männlichen Beschäftigten?
23. Wie hoch ist die Zahl und der Anteil der Erwerbstätigen mit aufstockenden Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), differenziert nach Frauen und Männern?
24. Wie hoch waren im Jahr 2012 die verausgabten aufstockenden Leistungen nach dem SGB II für Erwerbstätige, differenziert nach Frauen und Männern?
25. Gibt es Gruppen weiblicher Beschäftigter (Frauen mit Behinderung, Migrantinnen, ältere Frauen), die besonders zahlreich im Niedriglohnbereich beschäftigt sind oder aufstockende Leistungen nach dem SGB II für Erwerbstätige beziehen, und wie hoch ist ihre Zahl und ihr Anteil?
26. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung hinsichtlich des Problems der sexuellen Belästigung und Nötigung in der Arbeitswelt?
27. Welche Rolle spielt diesbezüglich nach Ansicht der Bundesregierung die Schlechterstellung von Frauen in der Hierarchie der Arbeitswelt, ihre prekäre Beschäftigung und eine geringere Wahrnehmung ihrer Rechte, und welche politischen Schlussfolgerungen leitet die Bundesregierung daraus ab?
28. Gibt es Gruppen weiblicher Beschäftigter, die besonders von sexueller Belästigung und Nötigung betroffen sind?
- Wenn ja, welche sind dies, und sieht die Bundesregierung hier einen besonderen Handlungsbedarf?

Berlin, den 11. Februar 2013

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

